



Der Nahost-Gesandte von Präsident Trump, Steve Witkoff, und ein Mitglied der Herrscherfamilie der Vereinigten Arabischen Emirate, Scheich Tahnoon bin Zayed Al Nahyan, sind Geschäftspartner geworden und haben damit den Präsidenten und seinen engsten Kreis enorm bereichert, wie eine Untersuchung der New York Times ergab.

Die Vereinbarung zwischen Witkoff und Scheich Tahnoon verschaffte den Emiraten Zugang zu den modernsten, in den USA entwickelten KI-Chips.

Im Zentrum ihrer Beziehung stehen zwei milliardenschwere Geschäfte:

- Im Mai erklärte sich eine von Scheich Tahnoon kontrollierte Investmentfirma bereit, 2 Milliarden Dollar bei *World Liberty Financial* zu hinterlegen, einem Krypto-Start-up, das von den Familien Witkoff und Trump gegründet wurde.
- Zwei Wochen später stimmte das Weiße Haus zu, den V.A.E. den Kauf von Hunderttausenden der modernsten und zugleich knappsten Computerchips der Welt zu erlauben.

Es gibt keine Belege dafür, dass ein Geschäft ausdrücklich als Gegenleistung für das andere angeboten wurde. Doch das zeitliche Aufeinanderfolgen dieser Abkommen stellte die Grenzen der Ethikregeln auf die Probe, die verhindern sollen, dass US-Amtsträger Entscheidungen treffen, von denen sie selbst oder ihre Angehörigen profitieren könnten.

Zu einem Zeitpunkt, als die V.A.E. besonders stark auf Zugang zu den Chips drängten, arbeitete ein leitender Manager gleichzeitig sowohl für *World Liberty* als auch für Scheich Tahnoons KI-Unternehmen. Einer der wichtigsten US-Verhandlungsführer ist David Sacks, der KI- und Krypto-Beauftragte der Trump-Regierung, der zuvor mit Elon Musk bei PayPal zusammengearbeitet hatte und später als Investor im Silicon Valley sowie als Spendensammler für Trump bekannt wurde.

Das Krypto-Geschäft schuf zudem eine finanzielle Verbindung zwischen der Trump-Familie und *Binance*, einer der weltweit größten Kryptobörsen. Deren Gründer, Changpeng Zhao, der 2023 wegen Verstößen gegen Geldwäschegesetze schuldig gesprochen wurde, hat einen Antrag auf eine Begnadigung durch den Präsidenten gestellt.



USA und China rücken einem TikTok-Deal näher

Die USA und China haben sich auf einen Rahmen für eine Einigung verständigt, um Bedenken hinsichtlich der chinesischen Eigentümerschaft von TikTok auszuräumen, erklärte Finanzminister Scott Bessent gestern. Trump werde am Freitag mit Chinas Präsident Xi Jinping sprechen, um den Deal „abzuschließen“, fügte Bessent hinzu.

Er sagte, die Vereinbarung sei zwischen „zwei privaten Parteien“ getroffen worden und solle dazu führen, dass die App unter US-kontrollierte Eigentümerschaft übergeht. Morgen läuft die Frist ab, bis zu der die chinesische Muttergesellschaft ByteDance die App verkaufen muss – andernfalls droht in den USA ein Verbot.

TikTok sieht sich seit Jahren mit Vorwürfen konfrontiert, ein nationales Sicherheitsrisiko darzustellen, da Peking die App nutzen könnte, um sensible Daten von US-Bürgern abzugreifen oder Propaganda zu verbreiten.

Weitere Schlagzeilen



- **Weißes Haus:** Trump gab bekannt, dass das US-Militär ein weiteres venezolanisches Boot zerstört habe, das nach seinen Angaben Drogen transportierte. Dabei seien drei Menschen getötet worden.
- **USA:** Ermittler erklärten, sie hätten DNA und eine Notiz gefunden, die den mutmaßlichen Schützen mit der tödlichen Attacke auf Charlie Kirk in Verbindung bringen. Trump-Vertreter nutzen Kirks Tod, um linke Gruppen ohne Belege des „inländischen Terrorismus“ zu beschuldigen, während sie Gewalt von Rechten oder anderen Trump-Anhängern herunterspielen.
- **Nahost:** Arabische und muslimische Staats- und Regierungschefs machten ihrem Ärger über Israels Luftschlag Luft, der letzte Woche Hamas-Funktionäre in Katar ins Visier genommen hatte. Sie konnten sich jedoch nicht auf Strafmaßnahmen einigen.
- **Israel:** Nach einem Treffen mit Premierminister Benjamin Netanjahu sagte US-Außenminister Marco Rubio, ein Abkommen zur Beendigung des Krieges in Gaza sei womöglich nicht erreichbar.
- **Elon Musk:** Der Tesla-Chef kaufte Aktien seines Unternehmens im Wert von rund 1 Milliarde Dollar, nachdem der Verwaltungsrat vorgeschlagen hatte, ihm fast 1 Billion Dollar zu zahlen – falls er bestimmte Ziele erreicht.
- **Ukraine:** Papst Leo XIV. erklärte, er halte es für unwahrscheinlich, als Vermittler bei einem möglichen Friedensabkommen zwischen Russland und der Ukraine zu fungieren.
- **Sudan:** In El Fasher, dem derzeit heftigsten Kriegsschauplatz des Landes, müssen Kinder Viehfutter essen, da Milizen versuchen, 260.000 Menschen durch Aushungern zur Aufgabe zu zwingen.
- **Malawi:** Oppositionsführer befürchten, dass Manipulationen den Ausgang der heutigen Präsidentschaftswahl beeinflussen könnten.

P.Tiko